



Sachstandsmitteilung Nr.:	038c/2025	Datum:	19.03.2025
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge			
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss		Sitzungstag
1		Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2		Bildungsausschuss	
3		Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4		Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5		Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	x	Hauptausschuss	24.03.2025
7	x	Stadtvertretung	31.03.2025

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß	gez. Hansen	gez. Domke	gez. Marthiensen
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP: Eröffnungsbilanz der Stadt Schwentidental zum 01.01.2024: Weitere Informationen der Verwaltung

2. Sachstand:

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Schwentidental zum Stichtag 01.01.2024 ist bereits im Hauptausschuss am 24.02.2025 vorgestellt worden.

Als weitere Information wird nun die

- a) rechtliche Möglichkeit der Korrektur (5 Jahre) der Eröffnungsbilanz gem. § 56 GemHVO
und

- b) die Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz der Stadt Schwentidental

zur Information bereitgestellt. Die Richtlinie ist in Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister erarbeitet worden.

Derzeit liegen keine weiteren Detailfragestellungen der Fraktionen zur Eröffnungsbilanz vor.

Die Beschlussfassung über die Eröffnungsbilanz ist im Hauptausschuss am 24.03.2025 und in der Stadtvertretung am 31.03.2025 vorgesehen.

Anlage 1 Gesetzestext § 56 GemHVO

Anlage 2 Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz der Stadt
Schwentinental

- Ende der Sachstandsmitteilung -

Amtliche Abkürzung: GemHVO
Fassung vom: 14.07.2023
Gültig ab: 01.01.2024
Dokumenttyp: Verordnung
Quelle:



Gliederungs-Nr: 2020-3-36

Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden
(Gemeindehaushaltsverordnung - GemHVO)
Vom 14. August 2017

§ 56

Berichtigung der Eröffnungsbilanz

(1) Ergibt sich bei der Aufstellung späterer Jahresabschlüsse, dass in der Eröffnungsbilanz Vermögensgegenstände oder Sonderposten oder Schulden

1. mit einem zu niedrigen Wert,
2. mit einem zu hohen Wert,
3. zu Unrecht oder
4. zu Unrecht nicht

angesetzt worden sind, ist der unterlassene Ansatz nachzuholen oder der Wertansatz zu berichtigen. Eine Berichtigungspflicht besteht auch, wenn am späteren Abschlussstichtag die fehlerhaft angesetzten Vermögensgegenstände nicht mehr vorhanden sind oder die Schulden nicht mehr bestehen.

(2) Wertänderungen aus einer Berichtigung nach Absatz 1 sind unter Berücksichtigung von § 25 Absatz 3 ergebnisneutral entsprechend dem Anteil nach § 54 Absatz 3 mit der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage zu verrechnen. Die Eröffnungsbilanz gilt dann als geändert. Wertberichtigungen oder Wertnachholungen sind im Anhang zu erläutern.

(3) Eine Berichtigung kann in den Jahresabschlüssen bis einschließlich 2020 und letztmals im fünften der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss vorgenommen werden. Vorherige Jahresabschlüsse sind nicht zu berichtigen.

Weitere Fassungen dieser Norm

§ 56 GemHVO-Doppik, vom 14.08.2017, gültig ab 01.01.2018 bis 31.12.2023

Redaktionelle Hinweise

Fundstelle: GVOBl. 2017, 433

Stadt Schwentimental



Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie für die Eröffnungsbilanz der Stadt Schwentimental

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien (kurz: BBewR).....	4
1.1 Grundlage	4
1.2 Geltungsbereich	4
1.3 Allgemeine Grundsätze	4
1.4. Wesentliche spezielle Bewertungsgrundsätze.....	5
1.4.1 Vollständigkeitsgebot, § 40 (1) GemHVO	5
1.4.2 Grundsatz der Einzelbewertung, § 39 (1) Ziffer 2 GemHVO	5
1.4.3 Verrechnungsverbot, § 40 (3) GemHVO.....	5
1.4.4 Vorsichtsprinzip, § 39 (1) Nr.3 GemHVO.....	5
1.4.5 Fortschreibung der Wertansätze, § 39 (1) Nr.1 GemHVO	5
1.4.6 Dauernde Aufgabenerfüllung, § 40 (2) GemHVO	5
1.5 Abschreibungen	6
1.6 Allgemeine Definitionen.....	7
1.6.1 Anschaffungskosten	7
1.6.2 Herstellungskosten.....	7
2. Vermögensbewertung	9
2.1 Aktiva	9
2.1.1 Anlagevermögen nach Kontengruppen, Kontenarten bzw. Konten	9
Kto 01 - Immaterielle Vermögensgegenstände.....	9
Kto 021 bis Kto 0341 - Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	9
Kto 0312, 0322, 0332 und 0342 - Gebäude und deren Außenanlagen und Betriebsvorrichtungen	13
Kto 042 - Brücken und Tunnel.....	15
Kto 043 – Gleisanlagen (sofern vorhanden)	16
Kto 044 - Entwässerung und Abwasserbeseitigungsanlagen	16
Kto 045 - Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	16
Kto 046 - Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	17
Kto 050 - Bauten auf fremden Grund und Boden	18
Kto 060 - Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler	18
Kto 070/0791 - Maschinen und technische Anlagen, Betriebsvorrichtungen, Fahrzeuge.....	18
Kto 080/0891 - Betriebs- und Geschäftsausstattung	19
Kto 090 - Anlagen im Bau, Anzahlungen für Sachanlagen	19
2.1.2 Umlaufvermögen	20
Kto 1110 - Anteile	20

Kto 1111 - Beteiligungen.....	20
Kto 1113 – Nichtbörsennotierte Aktien	20
Kto 131 – Ausleihungen	20
Kto 15 - Vorräte.....	21
Kto 16 und Kto 17 - Forderungen	21
Kto 18 – Liquide Mittel.....	21
2.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzung	21
Kto 1911 – Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP).....	21
Kto 1991 - Geleistete Investitionskostenzuschüsse.....	21
2.2 Passiva	22
2.2.1 - Eigenkapital	22
Kto 202 - Sonderrücklage	22
Kto 23 – Sonderposten	23
Kto 231 und 232 – aufzulösende Zuschüsse / Zuweisungen.....	23
Kto 2331 – aufzulösende Beiträge	23
Kto 2331 – nicht aufzulösende Beiträge.....	23
Kto 236 – Dauergrabpflege	23
Kto 25 bis Kto 28 – Rückstellungen.....	23
Kto 2511 – Pensionsrückstellungen	24
Kto 2512 – Beihilferückstellungen	24
Kto 26 bis 28 – weitere Rückstellungen	24
Kto 32 bis 37- Verbindlichkeiten.....	24
Kto 3911 – Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP).....	24
3.Inkrafttreten.....	24

1. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien (kurz: BBewR)

1.1 Grundlage

Gemäß § 37 der Landeshaushaltsverordnung über die Aufstellung eines doppischen Haushaltsplanes der Gemeinden (GemHVO) in der zurzeit gültigen Fassung hat die Stadt Schwentinental zu Beginn des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungsführung nach den Regeln der doppelten Buchführung und danach für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ihr Vermögen und ihre Schulden genau zu verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden anzugeben (Inventar).

Zu Beginn des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungslegung nach den Regeln der doppelten Buchführung ist gemäß § 54 (1) GemHVO eine Eröffnungsbilanz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der in der Gemeindeordnung, der GemHVO und dieser Richtlinie enthaltenen Regelungen aufzustellen.

Die Eröffnungsbilanz (gilt auch für Folgebilanzen) verlangt gem. § 54 (5) GemHVO zwingend einen Anhang nach § 51 (1) GemHVO.

In diesem müssen u. a. die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angegeben werden.

Grundsatz der Bewertungsstetigkeit:

Die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden besitzen auch für Folgejahre Gültigkeit (siehe auch § 39 Absatz 1 Ziffer 5 GemHVO), sofern ein Abweichen (in Folgejahren) nicht begründet wird (§ 51 (2) 2. GemHVO).

1.2 Geltungsbereich

Die Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie (BewR) gilt für alle Bereiche der Stadt Schwentinental, soweit nicht besondere Regelungen bestehen.

1.3 Allgemeine Grundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt auf Grundlage der GemHVO und in sinngemäßer Anwendung der Regelungen des deutschen Handelsrechts sowie nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung. Es gelten die allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze gemäß §§ 39 - 43 GemHVO.

Nur für die erstmalige Erstellung der Eröffnungsbilanz gelten die Vereinfachungsregeln, die in den §§ 54 -56 GemHVO benannt und geregelt sind.

1.4. Wesentliche spezielle Bewertungsgrundsätze

1.4.1 Vollständigkeitsgebot, § 40 (1) GemHVO

In der Bilanz der Stadt Schwentinental werden alle Vermögensgegenstände ausgewiesen, die im wirtschaftlichen Eigentum der Stadt Schwentinental stehen sowie alle Schulden und das Eigenkapital (Passiva). Jeder Vermögensgegenstand wird einer Bilanzposition zugeordnet (gemäß der Gliederung nach § 48 GemHVO).

Def. Wirtschaftliches Eigentum:

Die Aktivierung als wirtschaftliches Eigentum setzt voraus, dass dem Bilanzierenden dauerhaft für die wirtschaftliche Nutzungsdauer Besitz, Gefahr, Nutzungen und Lasten zustehen. Seine Rechtsposition muss folglich „so ausgestaltet sein, dass er den formal-rechtlichen Eigentümer dauerhaft von der Einwirkung auf den Gegenstand ausschließen, die tatsächliche Sachherrschaft ausüben und die Nutzungen ziehen kann“ (Adler/Düring/Schmaltz „Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen“ Rz. 265 zu § 246 HGB).

1.4.2 Grundsatz der Einzelbewertung, § 39 (1) Ziffer 2 GemHVO

Die Vermögensgegenstände werden einzeln bewertet. Auf mögliche Vereinfachungsregeln nach § 37 (2) Ziffern 1 und 2 GemHVO und nach § 37(3) GemHVO wurde verzichtet.

1.4.3 Verrechnungsverbot, § 40 (3) GemHVO

Posten der Aktivseite dürfen nicht mit Posten der Passivseite, Aufwendungen nicht mit Erträgen, Einzahlungen nicht mit Auszahlungen, Grundstücksrechte nicht mit Grundstückslasten verrechnet werden.

Dies gilt insbesondere für die Sonderposten (Zuwendungen, Beiträge), die zwingend nach dem Bruttoprinzip zu bilanzieren sind.

1.4.4 Vorsichtsprinzip, § 39 (1) Nr.3 GemHVO

Es wurde (Eröffnungsbilanz) und wird (Folgebilanzen) vorsichtig bewertet. Namentlich werden alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die zum Abschlussstichtag entstanden sind, berücksichtigt, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlussstichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind.

Sofern dauernde Wertminderungen zum Stichtag der Aufstellung der Eröffnungsbilanz bekannt waren und zukünftig bekannt werden (Folgebilanzen), findet der § 43 (6) und (7) GemHVO Anwendung.

1.4.5 Fortschreibung der Wertansätze, § 39 (1) Nr.1 GemHVO

Die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz des Haushaltsjahres müssen mit denen in der Schlussbilanz des vorhergehenden Haushaltsjahres übereinstimmen.

1.4.6 Dauernde Aufgabenerfüllung, § 40 (2) GemHVO

In Anlehnung an § 247 (2) HGB sind als Anlagevermögen nur die Gegenstände auszuweisen, die dazu bestimmt sind, dauerhaft der Aufgabenerfüllung der Stadt zu dienen.

1.5 Abschreibungen

Für sämtliche Abschreibungsregelungen gelten die Vorgaben des § 43 GemHVO.

Abnutzbare Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind entsprechend ihrer Nutzungsdauer planmäßig nach den „Verwaltungsvorschriften über Abschreibungen von abnutzbaren Vermögensgegenständen des Anlagevermögens der Gemeinden (VV-Abschreibungen)“ abzuschreiben. Dabei erfolgen die Abschreibungen linear auf einen Restwert in Höhe von EUR 1.- (Erläuterungen zu § 43 GemHVO).

Abweichungen sind gem. § 51 (2) Nr. 5 GemHVO zu erläutern.

→ Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung können außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen werden. Sie können bei Finanzanlagen vorgenommen werden, um diese mit einem niedrigeren Wert anzusetzen.

→ § 43 (9) GemHVO

Stellt sich in einem späteren Haushaltsjahr heraus, dass die Gründe für eine dauernde Wertminderung nicht mehr bestehen, so kann der Betrag der außerplanmäßigen Abschreibung im Umfang der Werterhöhung unter Berücksichtigung der (planmäßigen) Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben werden, maximal auf den Anschaffungs-/Herstellungswert. Zuschreibungen sind zu erläutern.

→ § 43 (3) GemHVO

Güter des Anlagevermögens mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert zwischen netto EUR 250.- und netto EUR 1.000.- (Sammelposten) werden über 5 Jahre abgeschrieben.

Der Abschreibungsbeginn ist grundsätzlich der 01.01. des Jahres der Anschaffung.

(Vgl. § 6 (2a) Einkommensteuergesetz (EStG): Der Sammelposten ist im Wirtschaftsjahr der Bildung und den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufzulösen).

→ § 43 (5) GemHVO

Wird durch eine Erweiterung oder eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung eines Vermögensgegenstandes des Anlagevermögens eine Verlängerung seiner betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer erreicht, ist die Restnutzungsdauer neu zu bestimmen. Entsprechend ist zu verfahren, wenn in Folge einer voraussichtlich dauernden Wertminderung eine Verkürzung eintritt.

Gem. § 55 (2) GemHVO darf die verbleibende betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer 50% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer nicht überschreiten.

→ **Ableitung aus § 43 (1) GemHVO**

Bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, werden keine Abschreibungen vorgenommen (bspw. Grund und Boden, nicht aufzulösende Zuwendungen und nicht aufzulösende Beiträge).

Ausnahme: § 40 (5) GemHVO:

Zuwendungen für den Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten werden über 25 Jahre aufgelöst („abgeschrieben“).

→ § 43 (4) GemHVO / Übernahme aus bisherigem Rechnungswesen

Bei Vermögensgegenständen, für die bereits im bisherigen Rechnungswesen der Stadt Abschreibungen angesetzt worden sind, können die Abschreibungen mit unveränderten Abschreibungssätzen fortgeführt werden.

1.6 Allgemeine Definitionen

1.6.1 Anschaffungskosten

Gemäß § 41 (1) GemHVO ist das Vermögen mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO, zu bewerten.

Anschaffungskosten sind die Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Zu diesen Aufwendungen zählen:

Anschaffungspreis	Kaufpreis, in der Regel brutto
+ Anschaffungsnebenkosten	Bezugskosten, Montage, Notar, Makler, Gebühren, etc.
+ nachträgliche Anschaffungskosten	Um-, Ausbau, wertverbessernde Maßnahmen
./. Anschaffungskostenminderungen	Rabatte, Skonti, Preisminderungen
= Anschaffungskosten	

1.6.2 Herstellungskosten

Gemäß § 41 (1) GemHVO ist das Vermögen mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO, zu bewerten.

Herstellungskosten sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen für die Herstellung, Erweiterung oder wesentliche Verbesserung eines Vermögensgegenstandes verursacht werden. Dazu gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung. Die Herstellung ist abgeschlossen, wenn die Betriebsbereitschaft erreicht ist (Bauabnahme bzw. Fertigstellungsmeldung). Soweit durch die Fertigung veranlasst, werden die Teile der notwendigen Materialgemeinkosten, der notwendigen Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens eingerechnet. Zinsen für Fremdkapital gehören dabei nicht zu den Herstellungskosten.

Soweit das Fremdkapital zur Finanzierung der Herstellung eines Vermögensgegenstandes verwendet wird, dürfen die Zinsen als Herstellungskosten angesetzt werden, wenn sie auf den Zeitraum der Herstellung (**Anlagen im Bau**) entfallen. Die Herstellungskosten setzen sich wie folgt zusammen:

Materialeinzelkosten	einzeln zurechenbare Materialkosten
+ Fertigungseinzelkosten	einzeln zurechenbare (Lohn-)Kosten, z. B. anhand von Stundenaufschreibungen
+ Sonderkosten der Fertigung	speziell für das Produkt angefallene Einzelkosten, z. B. Patentkosten
+ Materialgemeinkosten	Materialkosten, die per Umlageschlüssel zugerechnet werden
+ Fertigungsgemeinkosten	(Lohn-)Kosten, die per Umlageschlüssel zugerechnet werden
+ ggfs. Werteverzehr des Anlagevermögens	anteilige Abschreibungskosten auf das Anlagevermögen, die durch die Erstellung des Vermögensgegenstandes entstanden sind
+ ggfs. Zinsen für Fremdkapital	Fremdkapitalkosten, die zur Finanzierung der Herstellung des Vermögensgegenstandes angefallen sind
= Herstellungskosten	

→ **Ausnahme/Sonderfall 1:**

§ 41 (3) Satz 4 GemHVO:

Auch Kosten für Sanierung, Modernisierung und Erneuerung, die sich als Aufwand darstellen, werden zu Herstellungskosten (investive Kosten), wenn die Stadt für die Maßnahme Zuschüsse, Zuweisungen oder zinsgünstige Darlehen von Körperschaften oder Förderbanken erhält oder für die Maßnahme Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005 (GVObI. Schl.-H. S. 27), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Mai 2022 (GVObI. Schl.-H. S. 564), erhebt.

→ **Ausnahme/Sonderfall 2:**

§ 55 (5) GemHVO:

Die im bisherigen Rechnungswesen der Stadt ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände können übernommen werden.

→ **Ausnahme/Sonderfall 3**

§ 55 (5) GemHVO/Erläuterungen zum Absatz 1

Für Vermögensgegenstände, die zum Stichtag einen Restbuchwert in Höhe von einem Euro haben, kann auf die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten verzichtet werden, sie sind mit dem Erinnerungswert von EUR 1.- anzusetzen.

2. Vermögensbewertung

Als Basis dient die Gliederung der Bilanz nach § 48 GemHVO und des doppelischen Kontenrahmens für Schleswig-Holstein (VV-Kontenrahmen).

2.1 Aktiva

2.1.1 Anlagevermögen nach Kontengruppen, Kontenarten bzw. Konten

Kto 01 - Immaterielle Vermögensgegenstände

- Softwarelizenzen,
- Konzessionen,
- Wegerechte,
- Leitungsrechte.

Hinweis 1 gemäß § 40 (4) GemHVO:

Für immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die nicht entgeltlich erworben wurden, darf ein Aktivposten nicht angesetzt werden (bspw. selbst entwickelte Software).

Hinweis 2:

Wird ein Arbeitsplatzrechner inklusive vorinstallierter Software als Paket beschafft, so wird vereinfachend die Aktivierung und Bewertung unter der Bilanzposition "Betriebs- und Geschäftsausstattung" vorgenommen.

Spezielle Software wird getrennt von der Hardware bewertet und aktiviert.

Kto 021 bis Kto 0341 - Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Kto 021	Grünflächen
Kto 022	Ackerland
Kto 023	Wald und Forst
Kto 029	Sonstige unbebaute Grundstücke
Kto 0311	Grund und Boden bei Wohnbauten
Kto 0321	Grund und Boden bei Kinder- und Jugendeinrichtungen
Kto 0331	Grund und Boden mit Schulen
Kto 0341	Grund und Boden mit sonstigen Dienst-, geschäfts- und Betriebsgebäuden
Kto 041	Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung nach Anschaffungskosten (inkl. der Nebenkosten).

- Kaufpreis,
- Notarkosten,
- Gerichtskosten/Grundbuchkosten etc.,

- Vermessungskosten,
- Grunderwerbsteuer,
- Maklergebühren
- u.w.

Dabei gilt:

- Grundstücke werden nicht abgeschrieben.
- Zuwendungen für Grundstücke werden über 25 Jahre ausgelöst.
- Grundstücke (bebaut oder unbebaut), die von der Stadt über ein Erbbaurecht vergeben wurden, werden zur Kontenart 029 bilanziert (Erl. §48 GemHVO, S. 556).
- Grundstücke mit Sportanlagen (Sportplätze, Skateranlagen, Basketballfelder etc.), die keiner Schule angehören, werden dennoch zum Konto 0331 (Schulen) bilanziert.
- Grundstücke, die im Tausch erworben werden, werden mit dem Tauschwert bewertet, zuzüglich der Nebenkosten.
- Grundstücke, die überlassen werden, werden ersatzbewertet. In gleicher Höhe wird ein Sonderposten gebildet, der über 25 Jahre aufgelöst wird. Die Nebenkosten werden lediglich dem Grundstückswert zugeschrieben, der Sonderposten bleibt hiervon unberührt.
- Grundstücke, für die keine Anschaffungskosten ermittelt werden konnten, werden ersatzbewertet.

Vorgehen bei Ersatzbewertungen:

§ 55 (2) GemHVO:

In diesem Fall können den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechende Erfahrungswerte angesetzt werden.

Bei Grundstücken, die vor 1975 angeschafft worden sind, können statt der Preisverhältnisse des Anschaffungszeitpunktes die Preisverhältnisse des Jahres 1975 zugrunde gelegt werden.

- Grundstücke, für die keine Echkosten ermittelt werden konnten, wurden somit ersatzbewertet. Basis waren die Bodenrichtwerte zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt, sofern der Zeitpunkt ermittelt werden konnte.
- Konnte kein Anschaffungszeitpunkt ermittelt werden, wurde der Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt auf den 01.01.1975 fixiert und die aktuellen Bodenrichtwerte auf das Jahr 1975 rückindiziert.
- Nicht für alle Nutzungsarten werden vom Gutachterausschuss Bodenrichtwerte vorgegeben bzw. nur für Bauland, Grün- und Ackerland.

- Für alle weiteren Nutzungsarten wurden Bodenrichtwerte gemäß nachstehender Tabelle festgelegt.
- Grundstücke mit mehreren wesentlichen Nutzungsarten wurden getrennt nach Nutzungsart bewertet und die Teilbeträge im Anschluss zu einem gesamthaften Grundstückswert kumuliert.

Nutzungsart:	Ansatz in % des BRW bzw. BRW in EUR
Grünflächen (Grünland/Weiden für landw. Nutzung, Grünflächen, öffentl. Parks, Gärten, Denkmäler, Kleingärten, Friedhöfe, Spielplatz, Sportplatz, Freibad etc., öffentliche Parks, Gärten)	100% vom BRW-Grünland
Ver-/Entsorgung (Klärwerke, Regenrückhaltebecken, Speicherbecken, Strom u.ä.)	100% vom BRW-Grünland
Ackerland	100% vom BRW-Ackerland
Wasserflächen (Seen, Teiche, Bäche, Flüsse, Kanäle, Weiher etc.) und Unland (Moor, Sumpf, Gräben, Brachland, Tagebau etc.)	50% vom BRW-Grünland
Wald und Forsten	50% vom BRW-Grünland
Gewerbeflächen	100% vom BRW-Gewerbe
sonstige unbebaute (baureifer unbebauter Grund (unbebaute Grundstücke, die bebaut werden könnten))	100% vom BRW-baureifes Land
bebauter Grund und Boden (Wohnflächen, Schulen, Kindergärten, sonstige öffentliche Einrichtungen)	100% vom BRW-baureifes Land
Infrastrukturvermögen (Straßengrundstücke, Wege, Plätze)	10% vom BRW-baureifes Land

Bsp. 1. Erwerb von Grundstücken, die mit einem Gebäude bebaut sind (Kaufpreis liegt vor).
Eine Abbruchabsicht lag beim Kauf **nicht** vor.

Berechnung: Fläche x BRW x Indizierungswert (bezogen auf das Erwerbsjahr)

Dieser Wert entfällt auf das Grundstück, der Rest des Kaufpreises wird für das Gebäude angesetzt. Die Nebenkosten werden anschließend prozentual (Grundstückswert zu Gebäudewert) verteilt.

Beispiel:

Erwerb von 1.000 m² im Jahr 2020, Bodenrichtwert 2020 = EUR 120,- /m² =
(EUR 120.000.-)

Kaufpreis lt. Vertrag: EUR 250.000.-

Nebenkosten: EUR 27.000.-

Vom Kaufpreis (EUR 250.000.-) entfallen auf das Grundstück:
 $1.000 \times \text{EUR } 120 = \text{EUR } 120.000.-$ (48% des Kaufpreises).

Vom Kaufpreis (EUR 250.000.-) abzgl. des Grundstücks (EUR 120.000.-) verbleiben für das Gebäude EUR 130.000.- (52% des Kaufpreises).

Die Nebenkosten von EUR 27.000.- (48%/ 52%) werden prozentual aufgeteilt.
 Auf das Grundstück entfallen EUR 12.960.- (48%)
 Auf das Gebäude entfallen EUR 14.040.- (52%)

- Das Grundstück wird mit EUR 132.960.- bilanziert.
- Das Gebäude wird mit EUR 144.040.- bilanziert.

Bsp. 2. Erwerb von Grundstücken, die mit einem Gebäude bebaut sind (Kaufpreis liegt vor).
 Eine Abbruchabsicht lag beim Kauf vor. Ein Neubau ist **nicht** geplant.

- Der Kaufpreis und die Abbruchkosten entfallen komplett auf das Grundstück.

Beispiel:
 Kaufpreis lt. Vertrag: EUR 250.000.-
 Nebenkosten: EUR 27.000.-
 Abbruchkosten: EUR 25.000.-

- Das Grundstück wird mit EUR 302.000.- bilanziert.

Bsp. 3. Erwerb von Grundstücken, die mit einem Gebäude bebaut sind (Kaufpreis liegt vor).
 Eine Abbruchabsicht lag beim Kauf vor. Ein Neubau ist geplant. Das Gebäude **ist** wirtschaftlich und technisch verbraucht.

Der Abbruch des Gebäudes steht mit der Herstellung des neuen Gebäudes in einem engen wirtschaftlichen Zusammenhang („vorbereitende Maßnahme“).

Beispiel:
 Kaufpreis lt. Vertrag: EUR 250.000.-
 Nebenkosten: EUR 27.000.-
 Abbruchkosten: EUR 25.000.-

- Das Grundstück wird mit EUR 277.000.- bilanziert.
- Die Abbruchkosten (EUR 25.000.-) werden als Herstellkosten, bei dem neu zu errichtenden Gebäude, bilanziert.

Bsp. 4. Erwerb von Grundstücken, die mit einem Gebäude bebaut sind (Kaufpreis liegt vor).
 Eine Abbruchabsicht lag beim Kauf vor. Ein Neubau ist geplant. Das Gebäude ist wirtschaftlich und technisch **nicht** verbraucht.

Der Abbruch des Gebäudes steht mit der Herstellung des neuen Gebäudes in einem engen wirtschaftlichen Zusammenhang („vorbereitende Maßnahme“).

Erwerb von 1.000 m² im Jahr 2020, Bodenrichtwert 2020 = EUR 120,- /m² =
(EUR 120.000.-)
Kaufpreis lt. Vertrag: EUR 250.000.-
Nebenkosten: EUR 27.000.-
Abbruchkosten: EUR 25.000.-

Vom Kaufpreis (EUR 250.000.-) entfallen auf das Grundstück:
1.000 x EUR 120 = EUR 120.000.- zzgl. antlg. Nebenkosten EUR 12.960.-
Gesamt: EUR 132.960.-

Vom Kaufpreis (EUR 250.000.-) abzgl. Grundstück (EUR 120.000.-) verbleiben für das Gebäude EUR 130.000.- zzgl. antlg. Nebenkosten EUR 14.040 (52% des Kaufpreises).
Gesamt: EUR 144.040.-

- Das Grundstück wird mit EUR 132.960.- bilanziert.
- Der ermittelte Gebäudewert (EUR 144.040.-) nebst den Abbruchkosten (EUR 25.000.-) werden als Herstellkosten, bei dem neu zu errichtenden Gebäude, bilanziert. Gesamt EUR 169.040.- („vorbereitende Maßnahme“)

Rechtsprechung:

Das Finanzgericht Düsseldorf hat in seinem Urteil vom 23. Februar 2016 (Aktenzeichen 10K 2708/15) bestätigt, dass sowohl die Abbruchkosten als auch der Restbuchwert des alten Gebäudes als Herstellungskosten des neuen Gebäudes zu behandeln sind, wenn ein technisch bzw. wirtschaftlich noch nicht verbrauchtes Gebäude abgerissen wurde und bereits vor dem Erwerb des bebauten Grundstücks die Absicht bestand, das Gebäude abzubauen, um an dieser Stelle ein neues zu errichten.

Bsp. 5. Der Erwerb von Ökopunkten stellt kein Vermögen dar.

Kto 0312, 0322, 0332 und 0342 - Gebäude und deren Außenanlagen und Betriebsvorrichtungen

Zu den bebauten Grundstücken gehört der bebaute Grund und Boden, der nicht:

- den unbebauten Grundstücken,
- dem Infrastrukturvermögen oder
- den Bauten auf fremden Grund und Boden

zugeordnet ist und Gebäude, deren Aufbauten/Außenanlagen und deren Betriebsvorrichtungen aufweist.

Gebäude müssen fest mit dem Grundstück verbunden, von einiger Beständigkeit und Standfestigkeit sein oder vor Witterungseinflüssen schützen und Menschen Unterkunft bieten (BFH vom 18.03.1987, BStBl. II, 551).

Gebäude sind nach Nutzungszwecken untergliedert und separat vom Grund und Boden zu bilanzieren:

1. Wohnbauten
2. Kinder- und Jugendeinrichtungen
3. Schulen
4. sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude

Die Gebäude, die Aufbauten/Außenanlagen und die wesentlichen Betriebsvorrichtungen werden als separate Vermögensgüter aufgenommen und bewertet.

Als Basis für die Unterscheidung von Gebäude und Betriebsvorrichtungen gilt:

- der gleich lautende Erlass der obersten Finanzbehörden der Länder zur Abgrenzung des Grundvermögens von den Betriebsvorrichtungen vom 15. März 2006
- die Arbeitsgrundlage „Ausarbeitung Abgrenzung Gebäude und Betriebsvorrichtungen“ (Anlage 1 dieser BBewR).

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung nach Anschaffungskosten (inkl. der Nebenkosten). Sind die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht bekannt oder nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand zu ermitteln, sind alternativ zu den Preisverhältnissen zum Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkt entsprechende Erfahrungswerte anzusetzen, vermindert um Abschreibungen nach § 43 GemHVO seit diesem Zeitpunkt.

Da bei der Stadt die Vermögenshaushalte überwiegend vollständig vorliegen, können fast alle Gebäude nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden.

Vorgehen bei Ersatzbewertungen:

Zur Ermittlung von evtl. der Ersatzwerte für Gebäude wird das Sachwertverfahren auf der Basis der Normalherstellungskosten 2000 angewandt. Der jeweilige Wert eines Gebäudes ergibt sich aus dem Gebäude-Sachwertverfahren (Wertermittlungsrichtlinien 2006 des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen) auf der Grundlage der Normalherstellungskosten 2000 zuzüglich eines prozentualen Zuschlages in der von der Wertermittlungsrichtlinie 2006 vorgegebenen Höhe für Baunebenkosten und abzüglich der planmäßigen Wertminderung für die Zeit der Nutzung bis zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz sowie eines Abzugs für Baumängel und Bauschäden. Im Einzelnen wird verweisen auf die

- Ermittlung der Bruttogrundfläche nach DIN 277
- Ermittlung des bereinigten Gebäudewertes auf der Grundlage der Normalherstellungskosten 2000

Sonderfall – Ersatzwert und AHK

Gebäude, zu denen die Anschaffungs- und/oder Herstellungskosten (AHK) nur teilweise vorliegen, werden im „Mischwertverfahren“ bewertet.

Bis zum Vorliegen (temporär) der AHK wird der Ersatzwert im Sachwertverfahren ermittelt und bis zu den nachträglichen AHK abgeschrieben. Diese AHK werden anschließend zum Restbuchwert addiert (Nachaktivierung). In Abhängigkeit der durchgeführten Maßnahme wird die Restnutzungsdauer des Gebäudes verlängert.

Sonderfall – Zuweisungen bei Aufwendungen

Nach § 41 Abs. 3 GemHVO sind Aufwendungen für Maßnahmen der Sanierung, Modernisierung und Erneuerung zu aktivieren, wenn die Stadt für die Maßnahme Zuschüsse, Zuweisungen oder zinsgünstige Darlehen von Körperschaften oder Förderbanken erhält oder für die Maßnahme Beiträge nach dem Kommunalabgabengesetz erhebt.

Sonstige Sonderfälle:**Sonderfall 1 Erläuterungen zu § 54 GemHVO**

Historische/denkmalgeschützte Gebäude, die als Gebäude genutzt werden, sind wie Bauten zu bewerten, die nicht denkmalgeschützt sind.

Sonderfall 2 Erläuterungen zu § 48 GemHVO

Erlangt die Stadt über einen Schulträgerwechsel das wirtschaftliche Eigentum an einem Gebäude, wird das Gebäude mit dem aktuellen Restwert und der aktuellen Restnutzungsdauer bilanziert. In gleicher Höhe wird ein Sonderposten passiviert, der entsprechend der Restnutzungsdauer des Gebäudes aufgelöst wird.

Sonderfall 3 Eigenleistungen sind Herstellungskosten, wenn:

- mit den Beteiligten (Mitglieder Sportverein, Mitglieder Feuerwehr o.ä.) ein Wert je Stunde fixiert, dieser aber nicht ausgezahlt wird, weil die Beteiligten auf die Auszahlung verzichten. Die Eigenleistung wird aktiviert und in gleicher Höhe ein SoPo gebildet.
- die vorab errechnete Eigenleistung Bestandteil einer Zuwendung wird.

Sonderfall 4 Der Restbuchwert abzureißender städtischer Gebäude stellt im Jahr des Abbruchs Aufwand dar (vgl. Erläuterungen zu § 48 GemHVO).

Die Abbruchkosten gehören jedoch zu den Herstellungskosten eines neuen Gebäudes, wenn der Abbruch des Gebäudes mit dessen Herstellung in einem engen wirtschaftlichen Zusammenhang steht („vorbereitende Maßnahme“), ansonsten sind sie ebenfalls als Aufwand zu behandeln.

Sonderfall 5 Die Nutzungsdauer einer technischen Anlage als Betriebsvorrichtungen bei Gebäuden findet sich in der Abschreibungstabelle des Landes zur Kontengruppe 07, die Bilanzierung erfolgt allerdings zur Kontenart 03xx.**Kto 042 - Brücken und Tunnel**

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Sind keine Anschaffungs- oder Herstellungskosten für ingenieurtechnische Bauwerke zu ermitteln, kann eine Bewertung auf der Grundlage von Erfahrungswerten aus dem Bau vergleichbarer Bauwerke erfolgen. Dabei sind Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalles zu beachten.

Sofern auch hier keine Vergleichswerte vorliegen, wird folgende Anschaffungs- und Herstellungskostenpauschalsätze auf Basis der jeweilig gültigen Normalherstellungskosten 2010 angesetzt.

- Brücken mit einer Fläche unter 1.000 m² mit 2.250 Euro pro m²
- Brücken mit einer Fläche über 1.000 m² mit 1.700 Euro pro m²
- Tunnel mit 15.000 Euro je lfd. m

- Trogbauwerke mit 1.000 Euro je m²
- Lärmschutzbauwerke mit 400 Euro je Stück
- Stützbauwerke:
 - Trockenmauern mit 250 Euro je m²,
 - Winkelstützmauer:
 - Höhe von 0,80 m mit 150 Euro je lfdm
 - Höhe von 1,25 m mit 200 Euro je lfdm
 - Höhe von 2,00 m mit 380 Euro je lfdm
 - Höhe von 2,50 m mit 560 Euro je lfdm
- Ortbeton, d = 0,25 m:
 - Höhe von 1,00 m mit 230 Euro je lfdm
 - Höhe von 2,00 m mit 370 Euro je lfdm
- Stahlbetonplatten zwischen IP-Trägern: Höhe von 2,00 m mit 560 Euro je lfdm

Die ermittelten Ersatzwerte sind anschließend auf das Baujahr zu indizieren.

Kto 043 – Gleisanlagen (sofern vorhanden)

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Kto 044 - Entwässerung und Abwasserbeseitigungsanlagen

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Bei der Stadt wurden die Güter für Niederschlagwasser und Abwasser bis 2022 bei den Stadtwerken geführt. Die Daten wurden an die Stadt übermittelt und übernommen.

Es wird verweisen auf § 43 (4) und § 55 (5) GemHVO.

Kto 045 - Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Grundsätzlich gehören zum Straßenkörper:

- die einzelnen Schichten des Straßenkörpers (Frostschuttschicht, Tragschicht, Binderschicht, Deckschicht),
- Verkehrsinseln,
- Geschwindigkeitsbremsen,
- Fahrbahnmarkierungen,
- Fußgängerüberquerungshilfen,
- Pflanzbeete in der Fahrbahn,
- Gräben, Böschungen, Bankette, Bäume
- Mulden, sofern nicht von Dritten mitgenutzt,
- Parkstände (innerhalb des Fahrbahnbereichs).

Mit der Fahrbahn zusammen wird immer bewertet:

- Grünstreifen,
- mehrjährige Pflanzen und Bäume in Pflanzbeeten und auf Grünstreifen,
- Schutzplanken
- Straßenabläufe und Straßenentwässerungsanlagen,
- Trogbauwerke und Durchlässe bis zu zwei Meter Durchmesser.

Selbständig zu erfassende und damit separat zu bewertende Vermögensgüter sind:

- Radwege, Gehwege, kombinierte Rad- und Gehwege,
- Kreisel,
- Parkplätze jeder Art,
- Taxistände,
- sonstige Plätze,
- Verkehrsampeln, Signalanlagen,
- Verkehrsleitsysteme, Verkehrsrechner,
- Verkehrsbrücken,
- Straßenbeleuchtung,

Die Bewertung erfolgt je Straße. Auf eine Bildung von Abschnitten nach Knoten/Kanten-Modell wird verzichtet.

Vermögen, welches der Stadt von einem Dritten (Erschließungsträger) unentgeltlich übertragen wurde, wird mit Anschaffungs-/Herstellungskosten bilanziert und betriebsgewöhnlich abgeschrieben. In gleicher Höhe wird ein Sonderposten mit gleicher Auflösungsdauer gebildet.

Sind diese AHK vom Erschließungsträger nicht übermittelt worden, werden die Verkehrsanlagen anhand von Ersatzwerten bewertet. Grundlage der Ersatzwerte sind tatsächliche AHK möglichst gleichwertiger Verkehrsanlagen. Die ermittelten Ersatzwerte werden anschließend auf das Baujahr indiziert.

Hat sich die Stadt mit bspw. 10% an den Kosten beteiligt, wird ein Sonderposten in Höhe von 90% gebildet.

Kto 046 - Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Selbständig zu erfassende und damit separat zu bewertende Vermögensgüter sind:

- Unterstände, überdachte Fahrradständer,
- Fahnenmaste,
- Werbe- und Bekanntmachungstafeln,
- Litfasssäulen
- Stütz- und Lärmschutzwände,
- Buswartehäuser,
- Schutzhütten,

- Hydranten,
- Kabelleitungen (erdverlegt),
- Feuerlöschteiche,
- Brunnen zur Wassergewinnung.

Kto 050 - Bauten auf fremden Grund und Boden

Zu den Bauten auf fremden Grund und Boden können neben Gebäuden auch Bauten des Infrastrukturvermögens (z. B. Straßen) oder sonstige Bauten (Trafostationen, Pumpwerke etc.) gehören. Die Bauten gehören zum wirtschaftlichen Eigentum der Stadt und sind als solche zu bilanzieren. Gründe für einen Wertabschlag sind nicht gegeben. Insoweit sind Bauten der auf fremdem Grund und Boden entsprechend den Bewertungsregeln für Bauten auf eigenem Grund und Boden zu bewerten und gesondert auszuweisen.

Wenn die Nutzungsdauer eines Bauwerkes über die Vertragsdauer der Nutzung an dem Grundstück hinausgeht, so ist die Nutzungsdauer an die Vertragsdauer anzupassen. Bei Straßen erfolgt aufgrund des Verwaltungsaufwandes keine besondere Aufteilung.

Kto 060 - Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler

Kulturdenkmäler sind Baudenkmäler, die als bauliche Anlagen nicht zu den Gebäuden gehören und Bodendenkmäler. Beispiel: Kriegerdenkmäler und archäologische Denkmäler.

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Kto 070/0791 - Maschinen und technische Anlagen, Betriebsvorrichtungen, Fahrzeuge

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

1. Konsumtive Güter

Güter mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert unter netto EUR 250.- werden aufwandswirksam gebucht und nicht aktiviert.

2. Sammelpostengüter

Güter mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert zwischen netto EUR 250.- und EUR 1.000.- werden einzeln bewertet und grundsätzlich ab dem 01.01. des Anschaffungsjahres über 5 Jahre abgeschrieben. Bei Verlust (Diebstahl, Verschrottung) erfolgt keine Abgangsbuchung.

3. Einzelgüter

Güter mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert größer netto EUR 1.000.- werden einzeln bewertet und entsprechend der gültigen Abschreibungstabelle abgeschrieben.

Bei Verlust (Diebstahl, Verschrottung) erfolgt eine Abgangsmeldung und entsprechend eine Abgangsbuchung.

Vorgehen bei Sonderfällen:

Sonderfall 1 Sachspenden

Gespendete Güter ab einem Anschaffungswert von netto EUR 250,- , die in das wirtschaftliche Eigentum der Stadt übergehen, sind über den Vordruck „Zu-/Abgangsmeldung“ anzuzeigen. Die Aktivierung erfolgt zu Anschaffungs-/Herstellungskosten und In gleicher Höhe wird ein Sonderposten gebildet.

Kto 080/0891 - Betriebs- und Geschäftsausstattung

Die Bewertung erfolgt nach Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

1. Konsumtive Güter

Güter mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert unter netto EUR 250.- werden aufwandswirksam gebucht und nicht aktiviert.

2. Sammelpostengüter

Güter mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert zwischen netto EUR 250,- und EUR 1.000.- werden einzeln bewertet und grundsätzlich ab dem 01.01. des Anschaffungsjahres über 5 Jahre abgeschrieben. Bei Verlust (Diebstahl, Verschrottung) erfolgt keine Abgangsbuchung.

3. Einzelgüter

Güter mit einem Anschaffungs-/Herstellungswert größer netto EUR 1.000.- werden einzeln bewertet und entsprechend der gültigen Abschreibungstabelle abgeschrieben.

Bei Verlust (Diebstahl, Verschrottung) erfolgt eine Abgangsmeldung und entsprechend eine Abgangsbuchung.

Vorgehen bei Sonderfällen:

Sonderfall 1 Sachspenden

Gespendete Güter ab einem Anschaffungswert von netto EUR 250,- , die in das wirtschaftliche Eigentum der Stadt übergehen, sind über den Vordruck „Zu-/Abgangsmeldung“ anzuzeigen. Die Aktivierung erfolgt zu Anschaffungs-/Herstellungskosten und In gleicher Höhe wird ein Sonderposten gebildet.

Kto 090 - Anlagen im Bau, Anzahlungen für Sachanlagen

Noch nicht in Betrieb genommene Teile des Anlagevermögens (z. B. Investitionsmaßnahmen, die sich bis zur Fertigstellung über einen Zeitraum von zwei oder mehr Jahren erstrecken) und Anzahlungen auf bestellte Anlagen oder Fahrzeuge sind als Anlagen im Bau zu erfassen.

§ 41 (4) GemHVO:

Bei im Bau befindlichen Anlagen bzw. geleisteten Anzahlungen dürfen Zinsen nur für das während

der Bauzeit gebundene Kapital berechnet und den Anschaffungs-/ Herstellungskosten hinzuge-rechnet werden.

Zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der im Bau befindlichen Anlagen sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten zu aktivieren. Die Anlagen unterliegen anschließend der Abschreibung.

2.1.2 Umlaufvermögen

Kto 1010 -Anteile

Anteile an verbundenen Unternehmen

Verbundene Unternehmen sind insbesondere rechtlich selbstständige Unternehmen, an denen die Gemeinde mit Mehrheit (> 50 %) beteiligt ist und von der Gemeinde getragene Kommunalun-ternehmen nach § 106 a der GO. Gemeinsame Kommunalunternehmen nach § 19 b des Geset-zes über kommunale Zusammenarbeit sind den verbundenen Unternehmen zuzuordnen, wenn der Gemeinde die Mehrheit des Stammkapitals zusteht.

Kto 1014 – sonstige Anteilsrechte

Alle Arten von Anteilsrechten an Unternehmen und Einrichtungen, ohne börsennotierte und nicht-börsennotierte Aktien und ohne Investmentzertifikate

- GmbH-Anteile
- Genossenschaftsanteile

Kto 1111 - Beteiligungen

Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die mit der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesem Unternehmen herzustellen. Beteiligungen können sein:

- Genossenschaftsanteile
- Beteiligungen an einer GmbH
- u.w.

Kto 1113 – Nichtbörsennotierte Aktien

Nichtbörsennotierte Aktien sind Aktien, deren Kurs nicht an der Börse gehandelt wird. Nichtbör-sennotierte Aktien können sein:

- Aktien des SH Netz AG

Kto 131 – Ausleihungen

Ausleihungen sind Forderungen, die entstehen, wenn Mittel für Investitionen und Investitionsför-derungsmaßnahmen Dritter gewährt werden. Ausleihungen können sein:

- Wohnungsfürsorgedarlehen

Kto 15 - Vorräte

Als Vorrat wird der Bestand an Geschäftsbedarf, Betriebsstoffen sowie Verbrauchsmaterialien ausgewiesen. Für die Bestände gilt, dass die Vorratskapazität so bemessen ist, dass eine Bevorratung über mehr als ein Jahr nicht möglich ist und die Vorräte laufend und regelmäßig ergänzt werden. Die beschafften Vorräte gelten deshalb als zum Beschaffungszeitpunkt verbraucht.

Noch nicht verkaufte Baugrundstücke und Gewerbegrundstücke sind zu bilanzieren:

- 1551-Baugrundstücke
- 1552-Gewerbegrundstücke

Kto 16 und Kto 17 - Forderungen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nennwert zu bewerten. Wertabschläge für zweifelhafte, ggf. auch niedergeschlagene Forderungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken sind geboten. Insgesamt kommt es bei der Erfassung und Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen auf die stichtagsbezogene Darstellung von Rechtsansprüchen unter Berücksichtigung ihrer Realisierbarkeit an.

Gemäß GemHVO § 39 (1) Ziffer 3 sind Forderungen vorsichtig zu bewerten (Niederstwertprinzip).

Auch die Einnahmereste der VV-Konten (i. d. R. der Vorschussskonten) sind als Forderungen zu erfassen.

Kto 18 – Liquide Mittel

Unter der Bilanzposition werden alle Kassenbestände und Bestände bei Kreditinstituten, die Bestände von Gebührenkassen, Handvorschüsse sowie die Mietkautionen mit ihren Nominalwerten zum Abschlussstichtag angesetzt.

Dabei sind die Bestände über Saldenbestätigungen bzw. Kontoauszüge nachzuweisen.

2.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzung

Kto 1911 – Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP)

Als aktive RAP sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Auszahlungen anzusetzen, die ganz oder teilweise Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Abschlussstichtag darstellen. Die Bildung der ARAP erfolgt mit dem Betrag, der sich auf die Zeit nach dem Abschlussstichtag bezieht. Dadurch wird gewährleistet, dass das Jahresergebnis periodengenau festgestellt wird.

Kto 1991 - Geleistete Investitionskostenzuschüsse

Von der Stadt geleistete Investitionskostenzuschüsse sind nach § 40 (7) GemHVO zu bilanzieren. Die Abschreibung erfolgt entsprechend der Zweckbindungsfrist.

- Ist eine Zweckbindungsfrist nicht festgelegt, werden geleistete Investitionskostenzuschüsse über 10 Jahre abgeschrieben.
- Für Grundstücke, Bauten auf fremden Grund und Boden und Infrastrukturvermögen erfolgt die Abschreibung über 25 Jahre.

2.2 Passiva

2.2.1 - Eigenkapital

Das Eigenkapital stellt eine rechnerische Größe auf der Passivseite der Bilanz dar und liegt nicht in einer bestimmten Form vor. Es errechnet sich aus dem Vermögen (Aktivseite der Bilanz) und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen der Passivseite der Bilanz).

- Das Eigenkapital der Stadt ergibt sich aus der Summe der Allgemeinen Rücklage, der Sonderrücklage, der Ausgleichsrücklage, eines vorgetragenen Jahresfehlbetrages und des Jahresüberschusses oder des Jahresfehlbetrages. Bei dem als Unterposten des Eigenkapitals auszuweisenden „vorgetragenen Jahresfehlbetrag“ handelt es sich wie auch bei dem ggfs. auszuweisenden „Jahresfehlbetrag“ um Minusbeträge, da sie das Eigenkapital mindern.
- Die Allgemeine Rücklage beträgt mindestens 20% der Bilanzsumme (§ 25 GemHVO).
- Die Ausgleichsrücklage dient dazu, Jahresfehlbeträge auszugleichen (§ 26 Abs. 4 GemHVO).
- Soweit ein Ausgleich nach Satz 1 nicht möglich ist, wird der Jahresfehlbetrag vorgetragen. Ein vorgetragener Jahresfehlbetrag kann nach fünf Jahren zu Lasten der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden (§ 26 Abs. 4 GemHVO).
- Jahresüberschüsse können der Allgemeinen Rücklage und/oder der Ausgleichsrücklage zugeführt werden (§ 26 Abs. 2 GemHVO).

Kto 202 - Sonderrücklage

Kto 2021 und 2022 - nicht aufzulösende Zuschüsse / Zuweisungen:

- Soweit für Zuweisungen nach § 40 Absatz 5 Satz 2 GemHVO keine Zustimmung zur Auflösung vorliegt, werden diese als Sonderrücklagen ausgewiesen (vgl. § 25 (2) Ziffer 1 GemHVO).

Kto 2023 – Stellplatzrücklage

- Siehe § 25 (2) Ziffer 2 GemHVO.

Sind die Mittel zweckentsprechend von der Stadt verwendet worden, werden sie in die Allgemeine Rücklage umgebucht. Weitere Sonderrücklagen dürfen nur gebildet werden, soweit diese durch Gesetz oder Verordnung zugelassen sind.

Kto 23 – Sonderposten

Neben der Aktivierungspflicht für Vermögensgegenstände, besteht auch eine Passivierungspflicht für die Sonderposten (Zuschüsse, Zuweisungen, Beiträge, Spenden, u.w.).

Sonderposten bilden dabei die von Dritten erhaltenen Vermögenswerte ohne Rückzahlungsverpflichtung für aktivierungspflichtige Vermögensgegenstände ab.

Sonderposten sind immer dann zu bilden, wenn die Stadt Mittel zur Förderung aktivierungspflichtiger Investitionsmaßnahmen erhält oder wenn der Stadt aktivierungspflichtiges Vermögen unentgeltlich überlassen wird. Sie werden dann mit dem jeweiligen Zuschusswert erfasst.

Kto 231 und 232 – aufzulösende Zuschüsse / Zuweisungen

§ 40 (5) GemHVO:

- Zuschüsse und andere Zuweisungen für die Anschaffung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sind jährlich mit einem Satz von vier Prozent sowie Zuschüsse und andere Zuweisungen für die Anschaffung von anderen Vermögensgegenständen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände aufzulösen, soweit die Auflösung nicht durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde.
- Zuschüsse von Privatpersonen; hierzu zählen auch Spenden.
- Hierunter fällt auch die Überlassung von Straßenvermögen (Erschließungsträger)

Kto 2331 – aufzulösende Beiträge

§ 40 (6) GemHVO:

- Erhobene Beiträge sind als Sonderposten zu passivieren.
- Beiträge für kostenrechnende Einrichtungen können erhoben werden.

Kto 2331 – nicht aufzulösende Beiträge

§ 40 (6) GemHVO:

- Beiträge für kostenrechnende Einrichtungen werden nicht aufgelöst.
- Werden Vermögensgüter (bspw. Kanäle) vom Erschließungsträger übertragen, für die Stadt bei Eigenherstellung Beiträge erheben aber nicht auflösen würde, so werden auch die vom Erschließungsträger über die Grundstücksverkäufe erhobenen Beiträge nicht aufgelöst.

Kto 236 – Dauergrabpflege

Die Mittel des Sonderpostens der Dauergrabpflege (§ 50 Absatz 2 GemHVO) werden entsprechend der erbrachten Leistungen der Stadt erfolgswirksam aufgelöst.

Kto 25 bis Kto 28 – Rückstellungen

Gemäß § 24 (6) GemHVO sind Rückstellungen zu bilden.

Kto 2511 – Pensionsrückstellungen

§ 24 (1) Ziffer 1 GemHVO:

Pensionsrückstellungen wurden in Höhe von EUR 10.289.506,00 gebildet. Die Ermittlung erfolgte durch die Versorgungsausgleichskasse Schleswig-Holstein.

Kto 2512 – Beihilferückstellungen

§ 24 (1) Ziffer 2 GemHVO:

Beihilferückstellungen wurden in Höhe von EUR 1.230.194,37 gebildet. Es wurde ein Anteil in Höhe von 11,95581562 % der Pensionsrückstellungen als Beihilferückstellungen angesetzt.

Kto 26 bis 28 – weitere Rückstellungen

Kto 32 bis 37- Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis der Verbindlichkeiten orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten. Gemäß § 41 (6) GemHVO werden die Verbindlichkeiten mit ihrem Erfüllungsbetrag auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Hierbei handelt es sich um den Betrag, der zur Erfüllung der Verbindlichkeiten aufgebracht werden muss.

Auch die Einnahmereste der VV-Konten (i. d. R. der Verwahrkonten) sind als Verbindlichkeiten zu erfassen.

Kto 3911 – Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)

Als passive RAP sind vor dem Abschlussstichtag geleistete Einzahlungen anzusetzen, die ganz oder teilweise Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Abschlussstichtag darstellen. Die Bildung der PRAP erfolgt mit dem Betrag, der sich auf die Zeit nach dem Abschlussstichtag bezieht. Dadurch wird gewährleistet, dass das Jahresergebnis periodengenau festgestellt wird.

3. Inkrafttreten

Die Bewertungs- und Bilanzierungsrichtlinie tritt rückwirkend zum 01.01.2024 in Kraft.

Schwentinental, 14.03.2025

Thomas Haß, Bürgermeister